

Tibet im Zugriff imperialer Politik

Die Konstellation im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Horst Südkamp

Inhalt

Zur geopolitischen Lage Zentralasiens im 19. Jahrhundert	3
Zur innenpolitischen Situation Tibets.....	7
Das politische Verhältnis der Institution „Dalai Lama“ zum Klerus	9
Die außenpolitische Situation aus tibetischer Perspektive	13
Das Dilemma des Dalai Lama XIII	20
Literatur	24

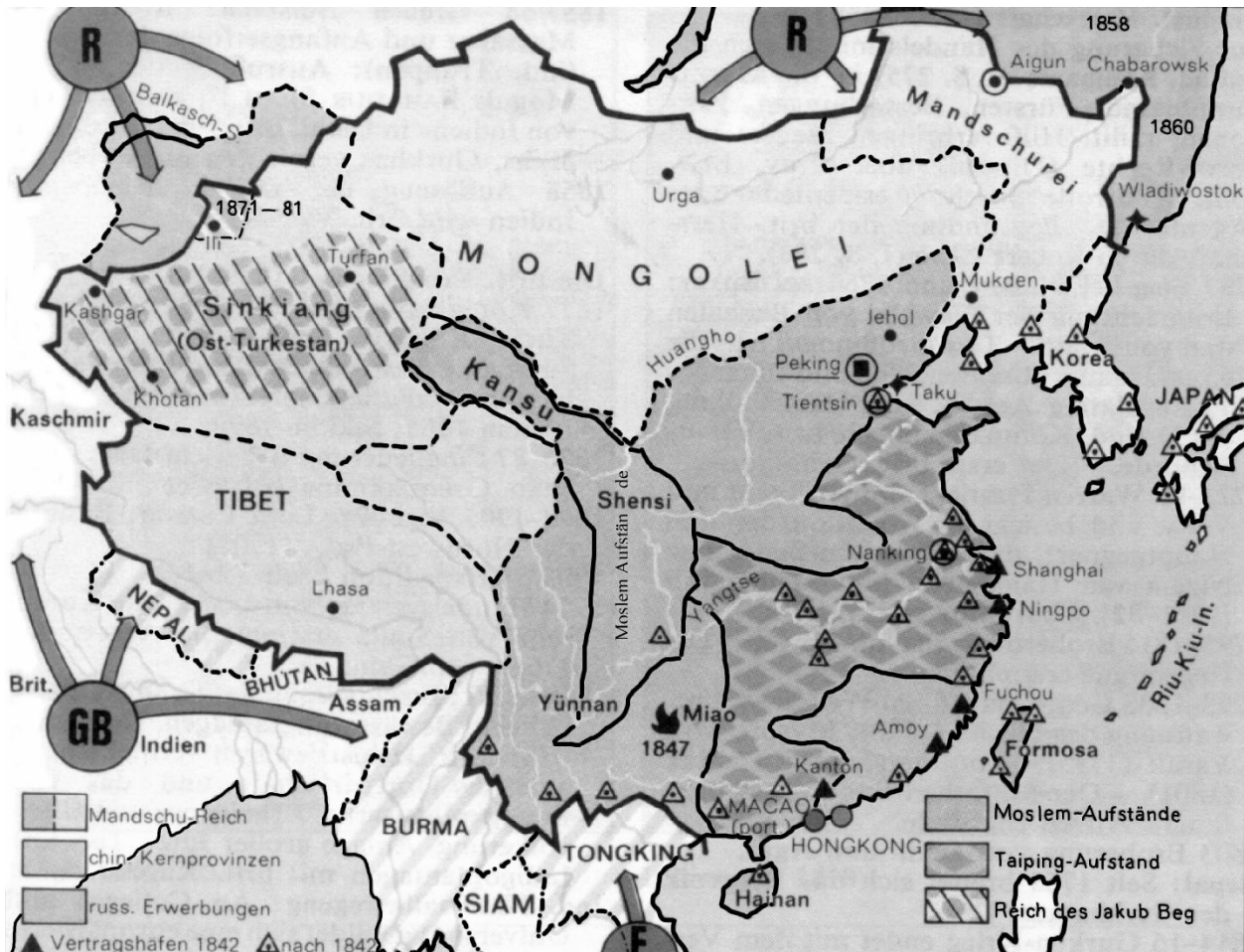
Zur geopolitischen Lage Zentralasiens im 19. Jahrhundert

Der Energie- und Rohstoffbedarf der Industrienationen motivierte sie seit der zweiten Hälfte des 18. Jh's (zuerst England) zu ihrer Kolonialpolitik und führte im 19. Jh. zum Kolonialismus, während sich unter dem Hegemonialstreben der Kolonialmächte der Kolonialismus gegen Ende des 19. Jh's und zum Beginn des 20. Jh's zum Imperialismus wandelte, der aus global erschlossenen Wirtschaftsräumen politische Herrschaftsräume werden ließ.

Die tibetische Politik des „verbotenen Landes“ ab 1860 mußte auf die imperialistischen Mächte in Tibets Nachbarschaft, auf das damalige Reich des russischen Zaren im Westen wie auf die Außenposten des britischen Kolonialreichs im Süden, wie eine Zurückweisung ihres Anspruchs auf Vorherrschaft wirken und diese Länder zu den vielfach wiederholt durchgeführten Expeditionen in diese *terra interdicta* provozieren, alle zunächst durchgeführt unter dem Vorwand der Anknüpfung von Handelsbeziehungen oder der wissenschaftlichen Landbeschreibung, an denen sich Vertreter aller europäischen Industriestaaten beteiligten. Zum berühmtesten Entdeckungsreisenden dieser Epoche sollte schließlich der schwedische Geograph Sven Hedin werden.

Je intensiver und dringlicher sich die interessierten Vertreter (Diplomaten, Wissenschaftler, Spione, Abenteurer) der imperial agierenden europäischen Mächte sowie zu Beginn des 20. Jh's auch Japans um die Visa für ihre durch Handel, Wissenschaft oder Spionage motivierten Expeditionen nach Tibet bemühten, desto hartnäckiger wurden ihnen diese von der tibetischen Regierung verweigert, und zwar auch dann noch, als die damalige Suzeränmacht China sich genötigt sah, dem Drängen der europäischen Imperialmächte nachzugeben. Ein in China ausgestelltes Einreisevisum öffnete damals niemandem mehr die Tür nach Tibet.

Das Machtgefüge der Staaten Zentral- und Ostasiens, in dem das chinesische Kaiserreich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts den Ton angeben konnte, hatte sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts zunehmend mehr zu Chinas Ungunsten verschoben.



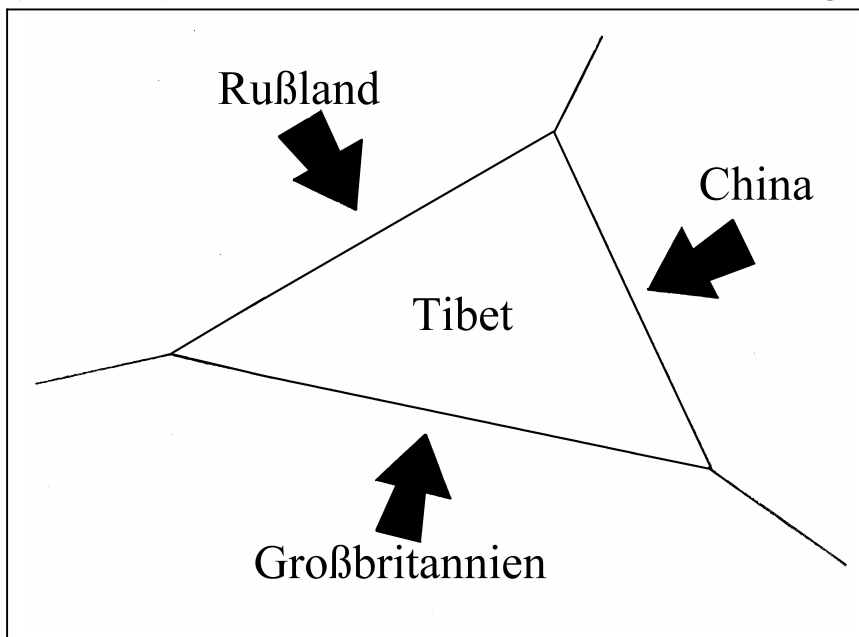
Von Norden und Nordwesten drängte das russische Reich in den Raum von Zentralasien vor, während im Süden das britische Kolonialreich in Indien seine Einflußsphäre langsam bis zur tibetischen Grenze vorschob.

Von der See her im Osten vermochten europäische Großmächte, also Großbritannien und Frankreich, sowie die Vereinigten Staaten von Amerika, unter Einsatz von Marinekräften sich in China militärische Stützpunkte und Handelszonen zu erzwingen (Opiumkriege 1814-6, 1856-58) und damit der Ch'ing-Dynastie weitere Prestigeverluste zuzufügen, welche dem Bemühen der Dynastie um ihren politischen Substanzerhalt nicht gerade förderlich waren.

Diesen europäischen Großmächten kam zugute, daß die Ch'ing-Dynastie sich immer häufiger im Inneren gegen Unruhen, Aufstände und Revolten zur Wehr setzen- und dafür alle Kräfte von der Peripherie ihres Reiches abziehen mußte, um das System der Herrschaft des Mandschu-Reiches in China aufrechterhalten zu können.

Während des ersten Opium-Kriegs (1814-6) sicherte Großbritannien sich in Nepal (1816) eine weitere Einflußsphäre. Im Krieg des Radschas von Kaschmir gegen Tibet (1834-42) griff England zugunsten von Kaschmir ein, dessen Gebiet für Britisch-Indien von der strategisch größten Bedeu-

tung war, was der gleichzeitig geführte erste Britisch-Afghanische Krieg (1938-42) den Briten dann auch faktisch bestätigte.



Die europäischen Staaten, die sich auch schon am ersten Opium-Krieg beteiligt hatten, nutzten die Gunst des Taiping-Aufstandes (1850-58) und provozierten einen zweiten Opium-Krieg (1856-58), in dessen Periode dann auch noch der Dunganen-Aufstand (1860-4) ausbrach.

Unter diesen Voraussetzungen konnte Großbritannien unangefochten von China aus Sikkim ein britisches Protektorat machen (1860) und Rußland Taschkent (1865), Buchara und Samarkand (1868), das Ili-Tal (1871), Chiwa (1873), Kokand (1876) und Ost-Turkestan (1876-7) besetzen. Die Uiguren nutzten die Unruhen ihrerseits für ihren Aufstand (1866-7) und Yakub Bek rief 1870 sein Reich in Sinkiang aus. Das Ringen um die Vormacht in Zentralasien forcierte die Interessenkonflikte zwischen England und Rußland, so daß der zweite Britisch-Afghanische Krieg China zunächst eine Atempause zu versprechen schien, die aber nur bis zur Annexion von Merv (1884) und Turkmenistans (1881) durch die Russen dauerte, und seit dem chinesisch-japanischen Krieg (1894-5) endgültig vorüber war, denn kaum war auch dieser Krieg beendet, da versetzte schon der Boxeraufstand (1899-1900) das ganze Land neuerlich in Aufruhr.

In diese Periode fortgesetzter Schwächung der Ch'ing-Herrschaft fiel auch die Geburt des Dalai Lama XIII (1876)¹ und dessen Übernahme der Regierung Tibets (1895).

Kaum im Amt, mußte er sich auch schon mit den Herausforderern der Ch'ing Dynastie auseinandersetzen, mit Rußland und England, und sah sich genötigt, neun Jahre nach seiner Amtsübernahme nach Urga zu fliehen, nachdem britische Truppen 1903 in Tibet einmarschiert waren und 1904 in Richtung Lhasa vorrückten (sog. Younghusband- Expedition).

Während der Regierungszeit des Dalai Lama XIII wurde China von drei Revolutionen heimgesucht und die ganze Welt in den Ersten Weltkrieg

¹ Ngawang Lobsang Thubten Gyatso (Nag-dbañ bLo-bzañ Thub-ldan rGya-mts'o)

verstrickt. Fünf Jahre vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs starb² der Dalai Lama XIII und hinterließ ein politisch verunsichertes und für die künftigen, weltgeschichtlich bedingten Herausforderungen (Epoche des Totalitarismus) seines Landes schlecht gerüstetes Regierungs- und Gesellschaftssystem: die Dalai-Lama-Hierokratie einer monastisch geprägten Feudalgesellschaft.

² am 17. Dezember 1933

Zur innenpolitischen Situation Tibets

Man kann die zunehmende Konsolidierung der Regierung des Dalai Lama XIII außenpolitisch als ein deutliches Zeichen wiedergewonnener tibetischer Souveränität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begreifen; denn dieser Dalai Lama war der erste Dalai Lama, der nach dem Dalai Lama V selbst (*in personam*) Tibet auch wieder politisch über einen längeren Zeitraum regieren konnte.

Sieben Dalai Lamas vor ihm waren durch ihre Regenten und die Interessengruppen, die sie vertraten, mit allen Mitteln daran gehindert worden, selbst zu regieren.



Dalai Lama XIII und Charles Bell

War die Institutionalisierung der Regentenregierung nach 1750 auch eine Manifestation der chinesischen Suzeränität über Tibet, so brachte nun das Ende dieser Regentenregierung auch das faktische Ende der chinesischen Oberhoheit über Tibet zum Ausdruck.

Aber die Spuren, die jene Suzeränität in Tibet hinterlassen hatte, waren um die Jahrhundertwende noch nicht verschwunden und die politischen Institutionen Tibets waren noch nicht so weit reorganisiert, daß der politische Stand der Tibeter der chinesischen Herausforderung angemessen zu begegnen in der Lage gewesen wäre.

Die Furcht des Dalai Lama XIII, auch persönlich ein Opfer vergleichbarer Anschläge zu werden, denen seine Vorgänger erlagen, war besonders zu Beginn seiner Amtsübernahme nicht unbegründet, zumal tatsächlich auch auf ihn ein Anschlag (wenn auch ein erfolgloser) von jenem Regenten³

³ Demo Tulku (De-mo sPrul-sku), Nachfolger von Kyirung Hutuktu (sKyid-gruñ 'P'ags-pa C'os-kyi rGyal-mts'an Kun-bde-glin)

verübt wurde, der von 1886 bis 1895, d.h. bis zu seinem Amtsantritt, die Amtsgeschäfte für ihn führte (Demo Hutuktu-Zwischenfall).

Innenpolitisch mußte sich daher die Politik des Dalai Lama XIII auch stets auf den Machterhalt seiner Institution konzentrieren, d.h. auf den Ausbau und die Absicherung der Machtbasis der Institution eines religiös legitimierten Herrschers, die sich speziell gegenüber den beiden traditionell vorherrschenden Ständen, dem Kloster- und dem Laienadel, zu behaupten hatte.

Seine Regierung stand vor der Aufgabe, das Gleichgewicht der herrschenden Interessengruppen oder Stände in jener Weise zu gewährleisten, daß es abhängig blieb von dem Mitwirken der Regierung, so daß also die politischen und sozialen Interessengruppen ihrerseits ohne den Beitrag der Regierung des Dalai Lama keine Chance hatten, ihre ureigenen politischen Interessen erfolgreich zur Geltung zu bringen.

Der Status des Dalai Lama erschien deshalb nahezu chronisch gefährdet:

- 1) durch den Klerus (Beispiel: Demo-Hutuktu Zwischenfall 1895/6, Drepung⁴ Zwischenfall, 1911 u. 1920-1921).
- 2) durch den Laienadel (Beispiel: der Tsarong⁵-Komplot (1924-5) und der Lungshar⁶-Zwischenfall von 1930).
- 3) durch die Institution des Panchen Lama, dessen Sonderstatus die rivalisierenden Kräfte stets dazu verführte, den Panchen Rinpoche als Schachfigur ihrer Intrigen auszuspielen. (Beispiel: Steuerstreit, den Lungshar vorbereitete, und der 1923 zur Flucht des Panchen Lama nach Peking führte).

Diese Bedingungen und ihre Erfahrung führten gegen Ende der zweiten Hälfte der Amtszeit des Dalai Lama XIII zu jener Form und Ägide seiner Regierung, die man als Ägide der „*Tschensel-Regentschaft*“ umschreiben könnte. Die Rolle eines Tschensel⁷ übten der Reihe nach aus: Tsarong bis 1925, Lungshar bis 1930 und Kunpela⁸ bis zu dem Tod des Dalai Lama XIII im Jahre 1933.

⁴ `Bras-spuñs

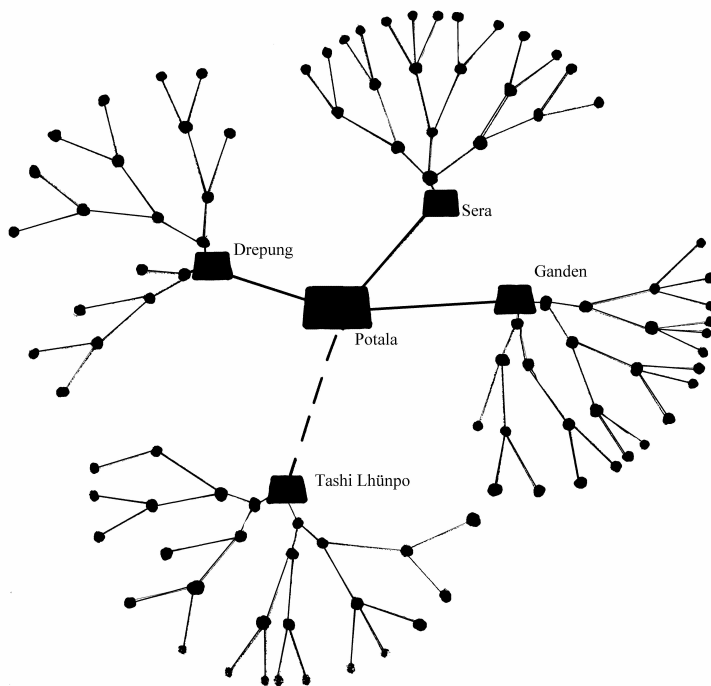
⁵ Tsha-roñ

⁶ Luñ-shar

⁷ sPyan-gsal

⁸ (T'ub-ldan) Kun-'p'el Lags

Das politische Verhältnis der Institution „Dalai Lama“ zum Klerus



Vereinfachtes Schema des Filialnetzes der tibetischen Klöster, das sich über das ganze Land spannt und differenzieren läßt in die Filialnetze der "Drei Residenzen" (Drepung, Sera und Ganden) und des Metropolitanklosters des Panchen Lamas. Die Bedeutung der Filialklöster nimmt von der Peripherie aus gesehen in Richtung zum Metropolitankloster hin zu.

Ganz Tibet war überzogen von Netzwerken untereinander filial verbundener Klöster, die jeweils konzentrisch ausgerichtet waren auf die Mutter- oder Metropolitanklöster der einzelnen buddhistischen Mönchsorden.

Während des 18. und 19. Jhts hatte sich das Netzwerk der Gelugpa⁹ zu dem größten der klösterlichen Netzwerke in Tibet herausgebildet und damit zu einem effizienten System nicht nur der religiösen, sondern auch der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle des

Landes, das in der Regel seit 1750 von Regenten regiert wurde, die aus den sog. Königsklöstern (Demoling, Tengyeling, Tsomoling und Kundeling) der Gelugpa stammten, welche schon der Dalai Lama V zu diesem Zweck ins Leben gerufenen hatte, oder ausnahmsweise und für kurze Zeit auch von den Panchen- und Dalai Lamas jener Periode.

In ihrer Stellung als regionale Grundherrn (Klostergrundherrn¹⁰) mit einer von dem filialen Status im Netzwerk abhängigen, über die nähere Region hinaus wirksamen Bedeutung, traten die Klöster sich aber auch gegenseitig als Konkurrenten gegenüber, als Konkurrenten um den wirtschaftlichen und politischen Einfluß auf die Politik des Landes, und erschienen in diesem Kontext nicht nur als untereinander konkurrierende Fraktionen, sondern auch als politische Kräfte, die in der Lage waren, Entscheidungen der Regierung entweder zu torpedieren oder in ihrer Wirkung abzulenken, wenn nicht sogar ganz zu vereiteln.

⁹ dGe-lugs-pa

¹⁰ Tib. sNags-pa

Seit der Verfassungsänderung von 1750 (die einem Kabinett aus 4 Ministern die Exekutivgewalt übertrug, welche vom Dalai Lama als hierokratischem Herrscher und zeitweise von den kaiserlichen Ambanen als Vertretern der Suzeränmacht kontrolliert wurde) drohten vor allem von diesem Kreis monastischer Interessengruppen der Institution des Dalai Lama die größten innenpolitischen Gefahren, da dieser Kreis ja bereits und immer schon über jene Mittel politischer Interessendurchsetzung verfügte, die sich ein gerade jung ins Amt getretener Dalai Lama erst mühsam verschaffen mußte.

Königsklöster	Lage um Lhasa
Tsomoling ¹¹	NW
Tengyeling ¹³	Nähe Mapori ¹⁴
Demoling ¹⁵	S
Kundeling ¹⁶	W

Titel des Regenten:
*Tschökyi Gyelpo*¹²

Nur wenn ein Dalai Lama entweder eine starke monastische Fraktion hinter sich hatte oder über andere Sanktionsmittel seines politischen Willens verfügen konnte, vermochte er sich auch gegenüber einer stärkeren monastischen Opposition seiner Politik oder seines Status durchzusetzen.

Einem zur Regierung entschlossenen Dalai Lama, wie eben dem Dalai Lama XIII, mußte daher auch eine derartige Abhängigkeit von den einzelnen monastischen Fraktionen, wenn schon nicht unerträglich, so doch extrem hinderlich und lästig erscheinen, d.h. ihn dazu motivieren, über andere Wege der Fundierung seiner Macht und Souveränität nachzudenken.

Die Periode der Reformversuche in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts brachte dieses Bedürfnis des Dalai Lama XIII nach der Emanzipation seines politischen Handelns von der Zustimmung einzelner monastischer Fraktionen deutlich zum Ausdruck, machte ihn aber zugleich auch auf die Gefahren aufmerksam, die ihm erstanden bei einem Versuch seiner Regierung ohne monastische Rückendeckung.

Seine Emanzipation von den Einflüssen monastischer Parteien durfte niemals so weit gehen, daß seine Regierung ganz ohne sie auskäme, da mit der Preisgabe der klerikalen Legitimation des Regentenstatus, die Selektion des Dalai Lama als geistlicher Regent von 'Tibet, sich de facto selbst infrage gestellt hätte zugunsten einer rein säkular verfaßten Regierung.

¹¹ gTse-smon gLiñ

¹² C'os-kyi rGyal-po

¹³ bsTan-rgyas gLiñ

¹⁴ dMar-po Ri

¹⁵ De-mo gLiñ

¹⁶ Kun-bde gLiñ

In dem gleichen Maße wie der Dalai Lama XIII den Laienadel brauchte, um seine eigene Position gegenüber den klerikalen Fraktionen behaupten zu können, brauchte er aber auch die klerikale Partei, um seine Position als Hiero- oder Theokrat gegenüber den säkularen Interessen des Laienadels verteidigen zu können.

Der innenpolitische Erfolg des Dalai Lama XIII, nämlich sich und seiner Institution die politische Führung im Lande zu sichern, erscheint besonders im Hinblick auf das Schicksal seiner Vorgänger, die an dieser Aufgabe alle gescheitert waren, außer Frage. Er begründet sich ganz wesentlich aus der Bereitschaft des Dalai Lama XIII, das nichtklerikale Segment des politischen Standes von Tibet, d.h. vor allem den Laienadel, an seiner Regierung zu beteiligen und den Interessen dieses Standes einen angemessenen Spielraum für Initiativen zu gewähren.

Dieser Stand hatte die Notwendigkeit politischer Reformen schon bald nach seinen ersten Kontakten mit europäischen Institutionen und ihren Vertretern erkannt, und damit auch die Chancen, die sich ihm selbst mit entsprechenden Reformen in Tibet boten. Das äußerte sich auch nach dem Ableben des Dalai Lama XIII in den Bestrebungen zu einer Säkularisierung der tibetischen Verfassung, zunächst eingeleitet durch den Versuch von Lungshar, im Jahr 1934, und dann in dem Versuch einer 1937 im Exil gegründeten politischen Partei mit revolutionären Zielen, die auf eine noch radikalere Veränderung der Verhältnisse in Tibet, wenn auch vergeblich, hinzuwirken bestrebt war.

Die politische Regression in Tibet, die nach dem Tode des Dalai Lama XIII einsetzte, also während der Ägide zweier monastischer Regenten (Reting¹⁷- und Taktra¹⁸ Rinpoche), erklärte sich nicht zuletzt auch durch die systematische Ausschaltung jenes Teils des Laienadels von der Regierung und politischen Verwaltung, der sich zuvor unter der Regierung des Dalai Lama XIII und kurze Zeit nach seinem Tode reformwillig gezeigt hatte.

Damit hatte sich der Klerus zwar einer für ihn lästigen Opposition entledigt, aber auch aller jener Kräfte, die sein eigenes politisches Handeln hätten inspirieren können, die restaurative Verkrustung des politischen Systems zu überwinden. So schwand die Bereitschaft der klerikalen Regentschaft in Tibet, auch den anderen, jenseits der klerikalen Interessenssphäre liegenden politischen Interessen gerecht zu werden oder allgemein, d.h. für alle Interessengruppen vertretbare Kompromisse zu suchen, mit jedem Jahr ihrer Regierung mehr, und drehte die Uhr der politischen Verhältnisse

¹⁷ Rva-sgreñs Rin-po-c'e

¹⁸ s'Tag-brag Rin-po-c'e

in Tibet zurück auf die Zustände jener Epoche vor der Regierung des Dalai Lama XIII. Aber eben dieser status quo ante führte noch einmal die Notwendigkeit jener dritten politischen Kraft der Dalai-Lama-Regierung in Tibet vor Augen, die den Ausgleich der beiden politischen Interessensphären, den Ausgleich der Interessen von Laien- und Klosteradel so herzustellen hatte, daß keine Seite sich zum Bürgerkrieg gegen die andere zu rüsten genötigt sah.

Die außenpolitische Situation aus tibetischer Perspektive

Der verhängnisvolle Selbstbehauptungsversuch durch Isolation

Anstatt England und Rußland, die aktuell externen Gegenspieler Chinas und gegenseitigen Rivalen im imperialen Wettkampf in Asien, als außenpolitische Garanten (Anlehnungsmächte) möglicher Befreiung von der chinesischen Suzeränität und Bevormundung zu begreifen, glaubte der politische Stand Tibets zwischen 1860 und 1900 noch der chinesischen Doktrin, nach der Rußland wie England

- 1) nur an einer Eroberung Tibets und
- 2) an der Abschaffung der lamaistischen Religion in Tibet interessiert wären.

Beide Befürchtungen, für die es durchaus auch wahrnehmbare Indizien gab (Expansionspolitik Rußlands und Englands, Aktivitäten europäischer Missionsgesellschaften), verzerrten den Blick der Tibeter für die außenpolitischen Realitäten und motivierten die Tibeter zu einer *selbstaufgelegten Isolation* ihres Landes gegenüber allen Fremdeinflüssen, die Tibet natürlich *außenpolitisch isolieren* mußten. Und vor allem machten sie die Tibeter blind dafür, daß diese nur jenen Mächten unterstellten Absichten in Tibet vor allem von Seiten Chinas dann auch tatsächlich in die Tat umgesetzt werden sollten (Annexionspolitik Chao Erh-fengs und spätere wiederholte Versuche).

Das Resultat einer internationalen Isolation Tibets wurde von der chinesischen und britischen Tibetpolitik forciert, und zwar aus jeweils unterschiedlichen, aber im Rahmen der Außenpolitik beider Länder ganz eigenartigen Motiven.

China war an einer außenpolitischen Isolation Tibets gelegen, weil jene Haltung nicht nur fremde Mächte von Tibet abhielt, sondern auch die Option und Fiktion chinesischer Suzeränität in jener Periode aufrechterhielt, in der China nicht mehr in der Lage war, sie politisch und militärisch selbst durchzusetzen.

England profitierte von dieser Politik tibetischer Selbstisolation, nachdem es sich mit Waffengewalt (1903-4) die erwünschten Handels- und Kontrollprivilegien in Tibet verschafft hatte, da es Tibet

- 1) als Puffer zwischen Britisch-Indien und der russischen Einflußsphäre brauchte,

- 2) die wirtschaftlichen und politischen Privilegien in Tibet solange wie möglich zu monopolisieren gedachte, und ihm
- 3) an der Undurchlässigkeit Tibets als einer Barriere revolutionärer Ideen zur Wahrung britischer Kolonialinteressen in Indien später dann immer stärker gelegen war.

So scheuten sich beide Regierungen nicht, die chinesische wie die englische, die Tibeter in ihren Isolationsbemühungen gegenüber den Vertretern anderer Nationen, besonders gegenüber den Vertretern anderer europäischer Staaten und den Vereinigten Staaten von Amerika, zu bestärken und ihre eigene privilegierte Stellung zu Tibet eifersüchtig zu hüten.

Das Ergebnis war jene internationale Isolation Tibets, die es China 1950 so leicht gemacht hatte, ohne jeden nennenswerten internationalen Protest in Tibet einzumarschieren und das Land militärisch zu besetzen, nachdem England sein koloniales Engagement in Indien beenden mußte und der einstige potentielle Bündnispartner, Rußland, nun gemeinsam mit der VR-China im kommunistischen Block stand und diesen sogar anführte.

Das außenpolitische Taktieren der Regierung des Dalai Lama XIII

Die Außenpolitik des Dalai Lama XIII gravitierte um das Ziel der Souveränität Tibets und war daher zunächst bestrebt, den Prozeß der Emanzipation Tibets von der chinesischen Suzeränität fortzusetzen und natürlich auch zum Erfolg zu führen.

Da England seine Versuche, mit Tibet Kontakt aufzunehmen, bis etwa 1900 (*seit 1846 war England vertreten am kaiserlichen Hof, 1876 Tschifu (Cheefou) Konferenz, 1885 Genehmigung der Macauley-Expedition, 1890 Konvention von Kalkutta, 1893 Abkommen von Darjeeling*) über die kaiserliche Regierung in Peking unternahm, wurden sie in Tibet, wenn schon nicht als Mißachtung der eigenen Unabhängigkeit so doch als Anerkennung des chinesischen Suzeränitätsanspruchs auf Tibet gedeutet und dementsprechend negativ interpretiert.

Diese falsche Einschätzung der englischen Bemühungen mit seinem Lande in Handelsbeziehungen zu treten, veranlaßte den Dalai Lama XIII gegen den Rat des Panchen Lama VI (oder IX) zu seiner einseitigen Annäherung an Rußland (*1897, Lobsang Dorje¹⁹ Sekretär für Äußere Angelegenheiten, 1900, Dorje als Emissär in St.Petersburg*), das von England verdächtigt

¹⁹ Nag-dbañ bLo-bzañ rDo-rje

wurde, über eine Allianz mit Tibet das Gleichgewicht der Kräfte in Asien zu Rußlands Gunsten verschieben zu wollen.

1903 erzwang sich England mit Waffengewalt (*Younghusband-Expedition*) den Zutritt zu Tibet. Der Dalai Lama XIII verließ daraufhin sein Land und ging zunächst nach Urga (1904), wo er auch Vertreter der russischen Regierung traf. Enttäuscht von dem Ausbleiben effektiver russischer Hilfe begab er sich (1906/7) nach Kumbum und von dort an den kaiserlichen Hof nach Peking (1908), der seine aktuelle politische Schwäche ausnutzte, um seinen politischen wie protokollarischen Status herabzusetzen zugunsten des Status der kaiserlichen Majestäten (Kniefall vor der Witwe des Kaisers, der de facto Herrscherin Chinas).

Die britischen Truppen hatten unterdessen gegen Ende des Jahres 1904 und nach dem Abschluß eines Friedens- und Handelsvertrages (Konvention von Lhasa, 1904) Lhasa wieder verlassen, so daß einer Rückkehr des Dalai Lama nach Lhasa eigentlich nichts mehr im Wege stand. Der aber befand sich auf dem Weg nach Peking und wurde dort durch den überraschenden Tod der kaiserlichen Majestäten (*zuerst des Kaisers Kuang-hsü (1875-1908) und dann kurze Zeit später der kaiserlichen Mutter, Tze-hsi*) abgehalten, früher als gewünscht nach Tibet zurückzukehren. Sofort nachdem er die Trauer- und Totenzeremonien abgehalten hatte, brach er Ende 1908 nach Lhasa auf.

Noch während seines Aufenthaltes in China erreichten ihn die Nachrichten von chinesischen Übergriffen und Annexionsversuchen in Kham (*seit 1905 terrorisierte Chao Erh-feng tibetische Klöster in Osttibet bei seinem Versuch der Annexion tibetischer Gebiete zu einer chinesischen Provinz (Hsi-kang), 1907-8 Zerstörung der Klöster Sampeling, Lithang und Bathang*), die ihn 1909 veranlaßten, noch von Nagchuka aus, sich an verschiedene europäische Regierungen um Hilfe zu wenden und natürlich auch an die Regierung von Britisch Indien. Anders als Groß-Britannien zog China aus dem militärischen Erfolg der Briten die für seine Hegemonialpolitik richtigen Schlüsse, in dem es die durch diese Niederlage bedingte Schwächung Tibets ausnutzte, um seinerseits in Tibet vollendete Tatsachen zu schaffen.

Der Konflikt zwischen der tibetischen und der chinesischen Regierung spitzte sich 1909 derart zu (*Ende 1909 marschierte eine Vorhut chinesischer Truppen schießend und plündernd in Lhasa ein*), daß sich der Dalai Lama XIII nun (*am 12.Feb.1910*) genötigt sah, in dem Land um politisches Asyl nachzusuchen, vor dessen Truppen er 1903 in die Mongolei geflohen war. 1910 marschierte unter dem Kommando von General Chung

Yin jenes Truppenaufgebot in Lhasa ein, dessen Vorhut schon 1909 in Lhasa marodierte, um Tibet endgültig unter chinesische Souveränität zu stellen, nachdem die Gefahr eines britischen Protektorats in Tibet glücklich überwunden schien, ein Vorhaben allerdings, das der Beginn der Revolution in China dann aber vorerst noch vereiteln sollte. In seinem indischen Exil erreichte am 23.Feb.1910 den Dalai Lama XIII die Nachricht, daß er zum zweiten Mal durch ein Edikt der chinesischen Regierung aller seiner Regierungsämter enthoben worden sei.²⁰

Nachdem Rußland 1905 seinen Krieg gegen Japan verloren hatte und sich auch seitdem immer stärker mit den revolutionären Bewegungen im eigenen Lande auseinander zu setzen hatte, waren Rußland wie auch das kaiserliche China, dessen Herrschaftssystem gleichfalls um das Überleben kämpfen mußte, derart geschwächt, daß England zwischen 1906 und 1917 für seine Interessen in Britisch Indien und in den vorgelagerten Gebieten von diesen Kontrahenten um die Vormacht in Asien (*China und Rußland*) kaum noch etwas zu befürchten hatte.

Deshalb konnte es sich die englische Regierung von Indien auch leisten, den politischen Status des Dalai Lama XIII (und seiner Begleitung), der sie Anfang 1910 um Asyl ersucht hatte, zu ignorieren und ausschließlich als einen hochgestellten Gast der Regierung zu empfangen.

Schon 1911, mit dem Beginn der Revolution in China, änderten sich aber die Verhältnisse in jenem Lande, dessen aggressive Annexionspolitik in Tibet den Dalai Lama XIII zu seiner Flucht nach Britisch-Indien veranlaßt hatte. Chinas Regierung war nicht nur außerstande, weiteren Druck auf Tibet auszuüben, sondern sie mußte auch noch die Ausweisung ihrer Diplomaten und Soldaten aus Tibet hinnehmen (*12.Aug.1912*), so daß der Dalai Lama XIII gegen Ende des Jahres 1912 in sein Land zurückkehren konnte, wo er dann auch am 13.Feb.1913 die Unabhängigkeit Tibets ausgerufen hatte.

Die von 1912 bis 1950 bestehende faktische Unabhängigkeit Tibets war aber keineswegs ein Ergebnis concludenten politischen Handelns der Kräfte in Tibet, sondern verdankte sich ausschließlich der politischen Schwäche Chinas, das auch in diesem Stande der Unfähigkeit, seine Ansprüche durchsetzen zu können, auf seine vermeintlichen Ansprüche auf Tibet nicht zu verzichten bereit war.

²⁰ Das erstmal setzte die kaiserliche Regierung den Dalai Lama XIII in einem Dekret vom 13. Sept. 1904 von allen seinen Ämtern ab, als er vor den englischen Truppen nach Urga floh.

Dieses Junktim zwischen dem Erstarken der politischen Selbständigkeit in Tibet und der Schwäche des politischen Systems in China wurde weder von der englischen noch von der tibetischen Seite in seinen politischen Konsequenzen richtig beurteilt. Bis 1904 wurde die politische Selbständigkeit Tibets von britischer Seite gar nicht wahrgenommen und danach vor allem als potentiell Druckmittel im bilateralen Verkehr mit China verstanden und eingesetzt.

Auch England wollte bis 1941 nur einer weitgehenden Autonomie Tibets im Rahmen eines chinesischen Staatsverbandes zustimmen und lud daher, nachdem auch für Tibet eine Möglichkeit zur Autonomie nach dem Vorbild der Äußeren Mongolei nicht mehr unmöglich schien (*11.Jan.1913, der von Rußland angeregte Tibetisch-Mongolische Freundschaftsvertrag mit gegenseitiger Anerkennung der Unabhängigkeit beider Staaten*), aber gar nicht in das Konzept britischer Kolonialpolitik in Indien paßte, die beiden Parteien, China und Tibet, am 6.Okt.1913 zu einer trilateralen Konferenz nach Simla ein, um dort über den künftigen Status von Tibet zu verhandeln. Die **Konvention von Simla**, die eine politische Autonomie Tibets unter chinesischer Oberhoheit, aber mit britischen Garantien für Tibet ausgehandelt hatte, wurde von der chinesischen Regierung aber nicht ratifiziert. Das brachte Tibet außenpolitisch in eine schlechtere Position als vor dem Beginn der Verhandlungen in Simla.

Denn China hielt seinen Anspruch auf Tibet aufrecht, obwohl es ihn politisch nicht zu realisieren vermochte, und zwar solange, bis es sich 1950 in der Lage sah, ihn auch wieder militärisch durchzusetzen, während England bis 1945/6 nichts unternahm, den politischen Schwebezustand in Tibet zu beseitigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als England sich schließlich dazu bereit erklärte, zugunsten der Unabhängigkeit von Tibet aktiv zu werden, hatte es aber sein politisches Prestige und Einflußpotential in dieser Region verloren und verfügte daher auch nicht mehr über die notwendigen Machtmittel, die erforderlich waren, um auf China zugunsten Tibets einwirken zu können.

Seit 1905, als man in China noch fürchten mußte, daß Tibet ein britisches Protektorat zu werden drohte, die Konvention von Peking (1906) war noch nicht unterzeichnet, hörten die chinesischen Annexions- und Störversuche an Tibets Ostgrenze nicht mehr auf, zumal die Briten ihre passive Haltung in diesem Streit zwischen Tibet und China bis zum Schluß ihrer Präsenz in Indien grundsätzlich nicht mehr aufgaben. Diese ständigen militärischen Provokationen hielten Tibet bis 1945 mehr oder minder stark unter ständi-

ger Mobilmachung und schwächten nicht nur die finanzielle Basis der Staatsfinanzen Tibets, sondern schufen damit auch neue Möglichkeiten für innenpolitische Intrigen (Steuerstreit), während die englische Regierung von Britisch-Indien sich immer nur dann in den Streit beider Länder einmischte, wenn sie ihre koloniale Position durch Chinas Vorstöße bedroht sah oder es später galt, den Import der chinesischen Revolution nach Britisch Indien zu unterbinden.

Diese passive Haltung Englands führte auch schon gegen Ende der Amtszeit des Dalai Lama XIII zu einer merklichen Abkühlung der britisch-tibetischen Beziehungen und zu erneuten vorsichtigen Versuchen einer Annäherung Tibets an China, das ja zunächst seit 1911 und dann seit 1914 vollends, und zwar bis 1929 (*der Pekingener Abt Konchok Jungne*²¹ *überbringt eine Botschaft Chiang Kai-sheks*) jeden Kontakt mit China abgebrochen hatte. Die Regierung von Tibet mußte in dieser Zeit und dann auch später noch mit den chinesischen Warlords, die an Tibets Ostgrenze ihr Unwesen trieben, verschiedene Waffenstillstandsverträge abschließen, 1918 bereits mit dem Warlord von Szechuan, P'eng Jih-sheng, in Rongbatse²².

Das Gefühl des Dalai Lama XIII, von England im Stich gelassen worden zu sein, war allerdings in den ausgehenden zwanziger Jahren noch nicht so stark, und die militärischen Aktionen Chinas an der tibetischen Ostgrenze erschienen zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr ganz so bedrohlich, daß sich die tibetische Regierung genötigt sah, auf eine Offerte der Sowjetunion einzugehen, welche 1927 Waffen anbot und militärische Berater, eine Offerte, die ihr über ein sowjetrussisches Mitglied in einer mongolischen Delegation nach Tibet unterbreitet wurde.

Die religionsfeindliche Einstellung der Sowjets hielt den Dalai Lama XIII davon ab, auf dieses an sich verlockende Angebot einzugehen, zumal beides, moderne Waffen und militärische Instrukturen, mehr als willkommen gewesen wären, die, wie allerdings vergeblich gewünscht, von englischer Seite angeboten, auch ohne jedes Zögern angenommen worden wären.

Auch nach seiner Enttäuschung über die bisherige britische Tibetpolitik glaubte der Dalai Lama XIII bis kurz vor seinem Tod noch, daß der Schlüssel zu Tibets Unabhängigkeit bei den Engländern läge, und berief sich bis zum Schluß bei allen chinesischen Offerten, die sich in seinen letzten Lebensjahren wieder zu häufen begannen, auf die Position der Konvention von Simla. England hatte sich in dieser Konvention dazu ver-

²¹ dKon-mchog `Byuñ-gnas

²² Roñ-ba-rtse

pflichtet, zumindest den dort definierten Autonomiestatus von Tibet auch im Konfliktfalle mit China zu garantieren, und diese, wenn auch bescheidene Rückendeckung durch Großbritannien wollte der Dalai Lama XIII nicht auch noch preisgeben, obgleich die politische Stimmung im Lande kurz vor seinem Tode längst wieder anhub, prochinesisch zu werden.

Die strikte Ablehnung von Verhandlungen mit der Sowjetunion war nicht nur allein durch weltanschauliche Gründe bedingt, sondern auch durch die beängstigenden Nachrichten begründet, die eingingen über das Schicksal der Gelben Kirche in den sowjetischen Gebieten und der Äußeren Mongolei.

Das Dilemma des Dalai Lama XIII

Seit 1912 gewann der Dalai XIII die Einsicht, daß Tibet seine politische und völkerechtlich anerkannte Unabhängigkeit nur dann erreichen könnte, wenn im Lande wirtschaftliche, technische, soziale und politische Reformen durchgeführt werden würden.

Ab 1913 plante seine Regierung daher auch nach Durchführung einer landesweit angelegten Vernehmlassung die folgenden Reformvorhaben und nahm sie teils auch in Angriff:

a) Soziale Reformvorhaben:

- 1) Einschränkung der Lehensrechte
- 2) Erleichterung der Freistellung von der Hörigkeit

b) Wirtschaftliche Reformvorhaben:

- 1) Förderung des Handels und Gewerbes
- 2) Förderung der technischen Aufrüstung der Gewerbe
- 3) Förderung der Landwirtschaft auf brachliegendem, aber ackerfähigem Land

c) Politische Reformvorhaben:

- 1) Bildungsreform (säkulare Schulen nach englischem Vorbild)
- 2) Heeresreform (Modernisierung der Armee nach englischem Vorbild)
- 3) Steuerreform (Gerechtere Besteuerung und Versuch eines Lastenausgleichs)
- 4) Reorganisation der Administration nach britischem Vorbild
- 5) Justizreform: Abschaffung drakonischer Strafen wie der Verstümmelung und Versuche zu einer größeren Verfahrensgerechtigkeit

Im Verlaufe dieser Reformversuche, die speziell von den Repräsentanten des Laienandels²³ getragen wurden, unter denen Tsarong und Lungshar besonders herausragten, stellte sich bald heraus, daß alle Reformansätze von der Seite der Klostergrundherrn grundsätzlich abgelehnt wurden.

Der Klosteradel torpedierte und störte alle Reformvorhaben der Regierung mit säkularisierender Tendenz, in denen er nur Maßnahmen sah, die seine Privilegien und seine politische Macht beschränkten, während die sozialen und politischen Reformen getragen wurden von Vertretern des am Aufstieg interessierten Amts-Adels und des Neu-Adels (in den Adelsstand erhobene Hörige) sowie den nichtadeligen, aber gelehrten Mönchen, denen

²³ Tib. sGer-pa

die Klosterhierarchie keine Möglichkeiten bot für die Verwirklichung ihrer Begabungen und ihres Ehrgeizes, und später dann auch von Teilen der besser gebildeten Gutspächter²⁴.



Tsarong

Sowohl das Programm einer partiellen Säkularisierung verschiedener Regierungsämter und Strukturen als auch die bevorzugte Rekrutierung der politischen Leitung der Reformen aus den Reihen des Laienadels und Laienstandes (1921 Telegraphenleitung Gyantse-Lhasa, 1922 und 1925 Ausbildung der Offiziere nach englischem Vorbild, 1922-3 säkularer Polizeiapparat in Lhasa, 1924 englische Schule) leisteten der Furcht einer zu weit gehenden Säkularisierung der tibetischen Verfassung Vorschub, die auch nicht im Interesse des Dalai Lama XIII liegen konnte. Es dauerte auch nicht lange, da vermochte der Klerus schließlich die nötigen Bei-

spiele (*1925 der Tsarong- und 1930 der Lungshar-Zwischenfall*) zu fingieren, welche jene Furcht des Dalai Lama vor seiner Entmachtung im Vollzuge verschiedener Säkularisierungsmaßnahmen nährten. Durch geschicktes Antichambrieren und unter Einsatz seines ganzen Prestiges gelang es dem klerikalen Kreis schließlich, den Fortgang der Reformen aufzuhalten.

Die so hoffnungsvoll und zum Wohle des ganzen Landes in Angriff genommenen Reformen waren aber ohne Zustimmung und Mitwirkung aller traditionell herrschenden Stände zum Scheitern verurteilt. Die Regierung des Dalai Lama XIII hatte es auch bis zu ihrem Ende nicht vermocht, den Klerus von der politischen Notwendigkeit eben dieser Reformen zu überzeugen, auch nicht von den Vorteilen, welche selbst für diesen Stand längerfristig daraus erwachsen konnten.

Gleich nach dem Tod des Dalai Lama XIII brach dann auch der Kampf um die Regierungsgewalt unter den Reformern und den restaurativen Kräften des Landes ganz unverstellt aus. Der konservative Klerus setzte sich mit

²⁴ Tib. Khräl-pa

der Wahl des Reting Rinpoche zum Interimsregenten durch und schuf in Tibet soziale, wirtschaftliche und politische Verhältnisse, welche das Land in jenen Zustand zurückversetzten, der vor der Amtszeit des Dalai Lama XIII herrschte, und verspielte unter dem folgenden Regenten Taktra Rinpoche außerdem auch alle bis 1933 noch verbliebenen außenpolitischen Chancen, die Anerkennung der tibetischen Souveränität voranzutreiben. Reting Rinpoche vergab die Chance einer einvernehmlichen Rückkehr des Panchen Lama nach Tibet, die Phabonka²⁵ ihm signalisierte, und Taktra Rinpoche versäumte seine Chance, sowohl die Kontakt- als auch die Störversuche der Chinesen in Tibet der englischen Regierung gegenüber so dringlich darzustellen, daß man sich dort zu mehr hätte genötigt sehen können als die bloß abwartende Haltung, mit der die britische Seite Tibets Bemühungen um die Unabhängigkeit von China bislang und bis 1946 verfolgte.

Die Furcht des Dalai Lama XIII vor der Neutralisierung und Schwächung seiner politischen Institution durch die traditionellen politischen Kräfte und die Furcht vor seiner persönlichen Entmachtung durch eine zu stark



Lungshar

forcierte Säkularisierung der Verfassung hat erst der Dalai Lama XIV überwunden, der heute für die Trennung von Religion und Politik plädiert und für eine demokratische Verfassung, in der Mönche, wenn überhaupt, nur auf dem Wege demokratischer Legitimationsverfahren eine politische Funktion übernehmen sollen.

Wenn diese Position des Dalai Lama XIV auch die politische Gesinnung des tibetischen Klerus im Exil reflektiert (oder wenigstens die der Ge-

lugpa), dann würde das förmlich den Schluß suggerieren, daß sich heute unter den Exiltibetern jene politische Position, welche einst der reformwillige Laienadel unter der Regierung des Dalai Lama XIII vertreten hatte,

²⁵ Pha-boñ-kha

mittlerweile allgemein durchgesetzt hätte, und zwar auch in den Kreisen des früher konservativeren Klerus. Daß diese Einsicht historisch zu spät kam, repräsentiert einen Teil der kulturellen und politischen Tragödie des tibetischen Volkes.

Literatur

Bell, Ch. (1987)
Portrait of a Dalai Lama
The Life and Times of the Great Thirteenth
London

Goldstein, M.C. (1989)
A History of Modern Tibet
Berkeley, Los Angeles, London

Lindegger, Peter (1997)
Die letzten 100 Jahre
Kurzer Abriß der Geschichte Tibets im 20. Jht
Tibet Institut Rikon, Schriften Nr.13
Rikon/ Zürich

Lindegger, Peter (1998)
Zwei politische Reformversuche im Tibet des 20. Jahrhunderts
Tibet Institut Rikon, Schriften Nr.14
Rikon/Zürich

Petech, L. (1973)
Aristocracy and Government in Tibet 1728-1959
Rom

Richardson, H.E. (1964)
Tibet, Geschichte und Schicksal
Berlin

Shakabpa, W.D. (1967)
Tibet, a politcal History
New Haven, (Conn.)

Südkamp, Horst (1998)
Brerviarium der Tibetischen Geschichte
Opuscula Tibetana, Fasc. 27
Rikon/ Zürich

Walt van Praag, M.C. van (1987)
The Status of Tibet
London